# Kommunalwahlprogramm 2014
# für Mönchengladbach

# Kommunalwahlprogramm der Piratenpartei für Mönchengladbach

# Demokratie und Bürgerbeteiligung

## Politische Teilhabe

Bürgerinnen und Bürger Mönchengladbachs müssen die Möglichkeit haben, nicht nur an allen Sitzungen Ihres Stadtrates, sondern auch den Ausschüssen und Arbeitskreisen beizuwohnen. Bürger sollen dort auch zu Themen, die auf der Tagesordnung stehen, Fragen stellen dürfen. Wir Piraten werden uns dafür einsetzen, dass die betreffenden Geschäftsordnungen entsprechend angepasst werden.

## Frühe Bürgerbeteiligung

Die Bürger müssen früher als bisher in die Planung von Projekten eingebunden werden. Wir fordern seitens der Stadtverwaltungen die aktive Bürgereinbindung ab Beginn der Planungen.

## Möglichkeit von Bürgerentscheiden nutzen

Die Möglichkeit von Bürgerentscheiden wird nur selten genutzt. Wir fordern nach Offenlegung aller vorhandenen Informationen die Bürger aktiv und verbindlich zu ihrer Meinung zu befragen. Das hierzu erforderliche Instrument, LiquidVitBack, haben wir bereits im Februar 2013 zur Verfügung gestellt. Ein entsprechendes, schriftliches Angebot blieb vom Oberbürgermeister unbeantwortet. Wir Piraten setzen uns bei der Piratenfraktion im Landtag dafür ein, die Hürden für Bürgerentscheide zu senken und entsprechende Online-Beteiligungsverfahren zu entwickeln.

## Bürgerhaushalte einführen

Die Piratenpartei in Mönchengladbach setzt sich für Bürgerhaushalte in allen Kommunen ein. Wir fordern ein zunächst jährliches Ansteigen des durch die Bürger direkt verwalteten Etats.

## Veröffentlichung von Antragsvorlagen

Bereits vor der Sitzung sollen Ort, Termin und Tagesordnung und die öffentlichen Antragsvorlagen benutzerfreundlich veröffentlicht werden. Die Bereitstellung muss auch auf der Internetseite der Kommune erfolgen. Kurzfristig erstellte Vorlagen müssen die Ausnahme sein, damit sich alle Entscheidungsträger und Bürger angemessen auf anstehende Entscheidungen vorbereiten können.

## Übertragung und Aufzeichnung

Alle Sitzungen müssen über das Internet übertragen und aufgezeichnet werden. Idealerweise sollte es den Bürgern so auch möglich sein, aus der Ferne Fragen einzubringen. Sämtliche Dokumente sind zusammen mit den Aufzeichnungen zeitnah zu veröffentlichen.

## Nichtöffentliche Sitzungen minimieren

Wir sehen die Notwendigkeit, auch nichtöffentliche Sitzungen abzuhalten, beispielsweise wenn es um personenbezogene Daten geht. Allerdings ist der Ausschluss der Öffentlichkeit jeweils nachvollziehbar zu begründen und auf das notwendige Maß zu reduzieren.

## Jugendparlament

Die Piraten in Mönchengladbach sehen großes Potential in kommunalen Jugendparlamenten. Sie können helfen das Demokratieverständnis bei Jugendlichen zu fördern. Daher fordern wir die Schaffung von Jugendparlamenten in allen Kommunen. Die Jugendparlamente sollen die Interessen der Kinder und Jugendlichen repräsentieren und über bestehende Probleme und aktuelle politische Themen beraten. Vertreter der Jugendparlamente müssen ein Teilnahme- und Rederecht an allen Ratssitzungen, Ausschusssitzungen und Arbeitskreissitzungen erhalten, um ihre beratende Funktion ausreichend wahrnehmen zu können. Wahlberechtigt und wählbar sollen alle Jugendlichen ab dem Besuch einer weiterführenden Schule sein.

## Kommunales Wahlrecht für ausländische Staatsbürger

Die NRW-Piraten engagieren sich für ein kommunales Wahlrecht für alle ausländischen Staatsbürger, die das erforderliche Wahlalter erreicht haben. Wir fordern, dass das Wahlrecht hier an die Gegebenheiten für EUBürger angeglichen wird.

## Transparenz

Transparenz ist die Basis für Mitbestimmung. Ohne Informationen über anstehende Entscheidungen können sich die Bürger kein eigenes Bild über die jeweilige Sachlage machen. Wir streben daher die zeitnahe, vollständige und für alle Bürger leicht zugängliche Veröffentlichung von Informationen an, die zur Meinungsbildung benötigt werden. Der Datenschutz betroffener Dritter ist hierbei zwingend zu beachten. Zudem müssen die Wege der Entscheidungsfindung in einer für Normalbürger verständlichen Form klar kommuniziert werden. Dies betrifft vor allem die Haushalte sowie alle getätigten Ein- und Ausgaben. Auf den Webseiten der Gemeinden fordern wir entsprechende Recherchemöglichkeiten. Diese müssen frei zugänglich sein.

## Freier Informationszugang – Open Access

Wir setzen uns dafür ein, das alle Bürgerinnen und Bürger voraussetzungslos einen Rechtsanspruch auf den Zugang zu allen datenschutzrechtlich unbedenklichen und nicht geheimhaltungsbedürftigen amtlichen Informationen bekommen. Die Kommunen sollen selbst aktiv eine Kultur der offenen Verwaltung vorleben. Amtliche Dokumente sind daher so anzulegen, dass sie sowohl im Internet als auch in gedruckter Form vorliegen. In den wenigen Fällen, in denen eine kommerzielle Nutzung beispielsweise aufgrund von Rechten Dritter eingeschränkt werden muss, werden diese unter den Bedingungen einer passenden Lizenz für die nichtkommerzielle Nutzung zugänglich gemacht. Um Dokumente einfach auffindbar zu machen, ist eine geeignete Suchfunktion anzubieten.

# Soziales

## Kinder, Jugend und Familie

### Kostenfreier Kindergarten- und Kinderkrippenbesuch

Der Besuch einer vorschulischen Einrichtung ist wichtig, um Kindern den Übergang zur Grundschule zu erleichtern. Gleichzeitig können Kindergärten, Kinderkrippen und andere Kindertagesstätten maßgeblich zur Integration von beispielsweise behinderten oder ausländischen Kindern beitragen und Eltern die Berufstätigkeit ermöglichen. Deshalb möchten wir in Übereinstimmung mit unserem Landtagswahlprogramm den Besuch von Kindergärten nach dem dritten Lebensjahr und den Besuch von Kinderkrippen bereits nach dem ersten Lebensjahr für jedes Kind kostenfrei anbieten. Durch dieses aus Landesmitteln zu finanzierende Angebot erhalten alle Kinder unabhängig von ihrem familiären und gesellschaftlichen Hintergrund möglichst gleiche Voraussetzungen für den weiteren Bildungsweg.

### Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die Piraten setzen sich für eine stärkere Förderung von offener Kinder- und Jugendarbeit ein. Dabei handelt es sich um niedrigschwellige, freiwillige und kostenfreie Angebote, die Kinder und Jugendliche in Ihrer Freizeit wahrnehmen können. Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit bieten Raum zur persönlichen Entfaltung und Entwicklung von Verantwortungsgefühl. Für Kinder und Jugendliche bieten diese Möglichkeiten zum Erwerb von Bildungsinhalten, die für alltägliche Handlungs- und Sozialkompetenzen hilfreich sind.

### Verantwortung lernen durch Förderung selbstorganisierter Jugendzentren

Wer Verantwortung für sich und andere übernimmt, lernt und übt ein gefestigtes und stabiles Sozialverhalten. Auch Jugendliche wollen Veranstaltungen organisieren und benötigen Begegnungszentren. Deshalb möchten wir Piraten alternative Jugendprojekte, insbesondere selbstverwaltende Jugendzentren, fördern und bewahren. Wann immer es sich anbietet, sollten leerstehende Gebäude der öffentlichen Hand diesem Zweck langfristig zugeführt werden.

### Digitale Medienkompetenz

Die neuen Möglichkeiten, die uns die Digitalisierung eröffnet, lassen sich nur nutzen, wenn das notwendige Know-How vorhanden ist. Digitale Medienkompetenz soll dazu befähigen, die sachliche Bewertung von Risiken und Gefahren im Netz zu erlangen. Die Piraten fördern deshalb kommunale Projekte zu diesem Thema.

# Soziale Hilfen

## Stärkung der Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen

Nach Auffassung der Piraten ist schnellstmöglich ein Finanztopf einzurichten, mit dem Zweck lokale Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen zu stärken. Hierdurch möchten wir SGBII-Empfängern bei Behördengängen und Formalitäten helfen. Wir möchten Hilfesuchende in eine angemessene gleichberechtigte Verhandlungsposition bringen. Vereine und Hilfsgruppen, die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung im Arbeitsmarkt anbieten oder durchführen, sind explizit von der Nutzung dieser Töpfe ausgenommen.

## Entwicklung der Altenpflege auf dem Land

Auf dem Land leben immer mehr ältere Menschen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in kleineren Ortschaften mehr seniorengerechte Möglichkeiten im Bereich der Pflege und des betreuten Wohnens geschaffen werden, damit ältere Menschen nicht mehr gezwungen sind, ihre gewohnte Umgebung zu verlassen. Mit Beteiligung der Anwohner müssen Wege gefunden werden, die aktuellen Rahmenbedingungen für ältere Menschen zu verbessern. Die Piraten unterstützen daher die Gründung von alternativen Modellen der Altenpflege, wie Wohngemeinschaften für Senioren und betreutes Wohnen im Alter.

## Dezentrales Asyl

Die Piratenpartei fordert die Abschaffung der Asylbewerberheime und strebt die dezentrale Unterbringung aller Flüchtlinge und geduldeten Migranten an. Anstelle von gemeinschaftlichen Heimen soll die Unterbringung in einer eigenen Wohnung der zukünftige Unterkunftsstandard sein. Das fördert die Integration und verhindert die Bildung von Ghettos.

# Umwelt

## Urban Gardening

Urban Gardening, der Anbau von Obst und Gemüse in der Stadt, verbreitet sich in Deutschland immer mehr. Innenstädtische Gärten bieten den Anwohnern die Möglichkeit durch gemeinsame Projekte den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Die Piraten wollen die Nutzung von Brachflächen durch Gemeinschaftsgartenprojekte fördern. Bestehende Projekte wie der Margarethengarten und die Berggartenoase brauchen mehr Planungssicherheit und Unterstützung. Die Verschönerung des Stadtbildes sind dabei ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt.

## Energie

Durch die Energiewende ist auch die Zeit der Großkraftwerke vorüber. Den Wegfall der Atomkraft mit neuen Kohlekraftwerken auszugleichen, halten wir für einen Irrweg. Kleine dezentrale Kraftwerke können auf ökologisch vertretbare Weise unseren Energiebedarf decken. Dezentrale und regenerative Energien demokratisch mit Bürgerbeteiligung fördern. Wir fordern, dass die Städte verstärkt Bürgerenergieanlagen fördern und deren Aufbau unterstützen. Dabei sollen Finanzierungsmodelle geschaffen werden, die den Bürgerinnen und Bürgern größtmögliche Mitsprache ermöglichen.

## Biogas

Energieproduktion darf niemals in Konkurrenz zur Nahrungsmittelversorgung stehen. Eine Verdrängung von Anbauflächen zur Nahrungsmittelversorgung durch Flächen, die der Versorgung von Biogasanlagen dienen, lehnen wir strikt ab.

## Fracking

Die Risiken des “Hydraulic Fracturing” (Fracking) sind nach heutigem Stand nicht ausreichend untersucht. Die Risiken für das Grundwasser und damit unserer Lebensgrundlage sind daher nicht einschätzbar. Die Gewinnung von Öl und Erdgas durch Fracking ist ausserdem nicht nachhaltig und läuft den Zielen der Energiewende zuwider. Daher lehnen wir diese Methode der Öl- und Gasgewinnung ausnahmslos ab.

## Solarenergie

Wir fordern die Kommunen dazu auf, Dachflächen öffentlicher Gebäude konsequent für die Energiegewinnung zu nutzen oder diese Flächen für Bürgerenergieanlagen zur Verfügung zu stellen.

## Kommunale Gebäude

Kommunale Immobilien sollen energiesparender betrieben werden. Veraltete Systeme sollen auf effizientere, regenerative Techniken umgestellt werden. Dies umfasst sowohl Heizsysteme als auch vorhandene Gebäudeisolierungen. Neubauten sollen mindestens Passivhausstandards entsprechen.

## Energiesparende Straßenbeleuchtung

Die Straßenbeleuchtung der Kommunen soll auf Energieeffizienz geprüft werden. Bestehende energieintensive Beleuchtungen sollen durch moderne Leuchtmittel ersetzt werden.

## Energieversorgung öffentlicher Gebäude, Betriebe und Flächen

Die Städte und Gemeinden sollten beim Ausstieg aus der Atomenergie mit gutem Beispiel vorangehen. Öffentliche Gebäude, Betriebe und Flächen sollen zu 100% mit erneuerbaren Energien versorgt werden.

# Kultur und Wissenschaft

## Mehr Raum für Kunst und Kultur

Kunst und Kultur benötigen Platz in der urbanen Struktur. Gerade die künstlerischen Ambitionen sozial schwächerer Mitbürger können sich nicht entfalten, wenn es dafür keinen Raum gibt. Deshalb setzen sich die Piraten dafür ein, dass ungenutzte Räumlichkeiten der öffentlichen Hand kreativ tätigen Menschen kostenneutral oder sehr günstig zur Verfügung gestellt werden.

## Unsere freie Stadt

Die Stadt Mönchengladbach ist voll von Gebots- und Verbotsschildern. Wir rufen die Bürger auf uns mitzuteilen, wo sie in ihrer Stadt ihre Freiheit durch unsinnige Verbote und Reglementierungen beschnitten sehen.

# Inneres

## Kameraüberwachung minimieren

Wir fordern eine Stärkung der Polizei anstelle eines flächendeckenden Ausbaus der Videoüberwachung. Betreiber von Überwachungskameras haben bestimmte gesetzliche Anforderungen an den Datenschutz zu erfüllen. Allerdings reichen die personellen Ressourcen der zuständigen Behörden nicht aus, um diese Installation einer ausreichenden kritischen Überprüfung in Bezug auf die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger zu unterziehen. Wir fordern eine verpflichtende sachgerechte Aufklärung der privaten Betreiber von Überwachungskameras über die strengen gesetzlichen Vorgaben.

## Kommunikation der Notfallpläne

Im Katastrophenfall stellen Stromausfälle und der Wegfall von Verkehrswegen ein möglicherweise unüberwindbares Hindernis für die Verbreitung und Umsetzung von Notfallplänen dar. Wir fordern daher die Veröffentlichung und Kommunikation dieser Pläne bereits im Vorfeld. Dies ermöglicht auch die Prüfung der Pläne durch die Bevölkerung, die mit der Lage vor Ort am besten vertraut ist und somit mögliche Fehlplanungen rechtzeitig erkennen kann.

## Sicherheit und Ordnung

Die Polizei leistet gute und wichtige Arbeit. Sie gewährleistet die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Unsere Polizei darf nicht durch private Sicherheitsdienstleister oder schlecht ausgebildete Ordnungskräfte ersetzt werden.

## Bauen und Wohnen

Zur Würde des Menschen gehört auch würdevolles Wohnen. Wohnraum muss daher für jedermann bezahlbar sein. Zur Zeit wird Wohnraum in den Innenstadtbereichen immer teurer. Wir fordern den Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau. Bauen muss ein gemeinsames, öffentlich gefördertes Anliegen sein. Bei allen baulichen Maßnahmen soll auf Natur und Landschaft besondere Rücksicht genommen werden.

## Dokumente der Kommunen

Nicht jedem Bürger ist es möglich, das Rathaus zu den üblichen Öffnungszeiten zu besuchen. Daher sollen Formulare für Anträge und Verordnungen jederzeit und für jeden im Internet verfügbar sein.

## Öffnungszeiten

Die Öffnungszeiten der Rathäuser sind besser an die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger anzupassen.

## Einsatz von freier Software und offenen Datenformaten

Wir fordern die konsequente Nutzung freier Software in der Verwaltung, soweit sie verfügbar ist und den Anforderungen entspricht. Dadurch sollen Kosten reduziert und der Datenaustausch vereinfacht werden.

## Kostenfreier und vereinfachter Kirchenaustritt

Jeder Mensch soll die Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft selbst bestimmen können. Gebühren erschweren den Austritt oder Wechsel und stehen oft in keinem Verhältnis zum Arbeitsaufwand. Die Amtsgerichte dürfen für einen Kirchenaustritt keine Gebühren verlangen. Entstehende Kosten sind im Zweifelsfall von der Kirche zu entrichten. Die Bürokratie bei Kirchenaustritten ist zu Gunsten der Bürger abzubauen bzw. anzupassen.

## Meldedaten nur nach Zustimmung herausgeben

Daten von Bürgern dürfen ohne deren Zustimmung nicht weiter gegeben werden. Hat der Bürger die Zustimmung erteilt, so ist er umgehend und vollumfänglich über die Weitergaben seiner Daten zu informieren. Die Piraten fordern deshalb eine Anpassung des Meldegesetzes. Bis zu einer Änderung des Meldegesetzes sollen die Kommunen aktiv auf die Möglichkeit der Einschränkung der Datenherausgabe hinweisen. Wir als Piratenpartei werden auf die Möglichkeit der Datenabfrage bei den Meldeämtern verzichten.

# Finanzen

## Wer die Musik bestellt soll auch bezahlen

Die Stadt Mönchengladbach ist aufgrund von Gesetzen von Land und Bund verpflichtet, bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Das macht sie, aber die Bundes- und Landesregierung bezahlen nicht für diese Aufgaben. Wir fordern eine diesen Anforderungen entsprechende finanzielle Ausstattung der Kommunen, anstelle kontraproduktiver Sparmaßnahmen durch Nothaushalte etc. Hier werden Strukturen ohne Not zerstört, die Mitarbeiter der Verwaltung durch zunehmende Arbeitsverdichtung seelisch und körperlich belastet. Die Folgekosten dieser fatalen Sparpolitik sind um ein vielfaches höher als das kurzfristig Eingesparte.

## Öffentlich-private Partnerschaften transparent machen

Öffentlich-private Partnerschaften müssen rechtzeitig vor dem Abschluss offen gelegt werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich selbst ein Bild von den Inhalten der zu treffenden Vereinbarungen machen können.

## Beteiligungsgesellschaften

In den letzten Jahren wurden immer mehr kommunale Aufgaben in städtische Beteiligungsgesellschaften ausgelagert. Beteiligungsgesellschaften führen erfahrungsgemäß zu höheren Kosten für die Bürger und zu größerer Intransparenz der Geldflüsse. Daher fordern die Piraten die Rekommunalisierung städtischer Beteiligungsgesellschaften zur Förderung des Allgemeinwohls.

# Bauen und Verkehr

## Shared Spaces

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, in allen dafür geeigneten Bereichen das von der EU initiierte Konzept des Shared Space umzusetzen. In einem ersten Schritt fordern wir, alle bisher mit Tastern für Fußgänger/Radfahrer ausgerüsteten Lichtzeichenanlagen so einzurichten, dass deren Betätigung bevorrechtigt in die Phasenschaltung eingreift. Zukünftige Anlagen, soweit nach dem Shared Space Konzept unvermeidbar, sollen entsprechen konfiguriert werden.

## Fahrscheinlosen ÖPNV voranbringen

Mobilität ist eine Grundlage für die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben. Bereits jetzt wird der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) stark bezuschusst. Wir setzen uns auch in Mönchengladbach für einen durch die Allgemeinheit finanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV ein. Wir fordern die Finanzierbarkeit für Mönchengladbach prüfen zu lassen.

## Infrastruktur im öffentlichen Personennahverkehr

Wir fordern einen konsequenten Ausbau des Busverkehrs. Die Fahrpläne müssen flexibler auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden. Wo und wann Fahrgelegenheiten benötigt werden, soll durch Bürgerumfragen ermittelt werden. Alle Haltestellen müssen barrierefrei werden.

## Sicherer Schulweg

Wir setzen uns dafür ein, dass im Bereich von Schulen, Kindergärten, Tagesstätten, Seniorenheimen, Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen bedürftiger Menschen, temporeduzierte Zonen, Zebrastreifen und/oder bauliche Veränderungen vorgenommen werden, soweit “Shared Space” nicht möglich ist.